

# Demokratisches Wochenblatt.

Organ der deutschen Volkspartei.

No. 21.

Leipzig, den 23. Mai.

1868.

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend. Abonnementspreis vierteljährlich bei allen deutschen Postanstalten sowie hier am Plage einschließlich Bringerlohn 12½ Rgr.; einzelne Nummern 1 Rgr. Abonnements für Leipzig nehmen entgegen die Herren M. Dolge am Markt, G. Reichert Gaimstraße 27, G. Hofmann Brühl 40, G. Dehler Neumarkt 6, G. Richter Peterssteinweg 7, Leipziger Consumverein Universitätsstraße und die Expedition d. Blattes G. W. Vollrath Windmühlenstr. 14. Für Dresden Filiale Expedition F. W. Grellmann Wallstraße 10. Agent in London für England, Indien, China, Japan, Australien, Südamerika etc. die deutsche Buchhandlung von Franz Thimm, 24 Brook Street, Grosvenor Square, London.

Inhalt: Politische Uebersicht. — Stieberisches. — Die Volksversammlung in Berlin am 14. Mai. — Die Lage der belgischen Kohlenarbeiter. — Aus England. — Vermischtes.

## Politische Uebersicht.

Ueber das Zollparlament — dieses windigste „Wind“, das Herr von Bismarck gelegt hat, um uns des eignen Ausdrucks der unzufriedenen Bruthenne zu bedienen — lassen wir zunächst den „Berliner Wespen“\*) das Wort, die eine Sitzung jener illustren Körperschaft also schildern:

Sitzung des Zollparlaments. Die Session liegt in den letzten Tagen, welche von Berlin abfahren. Im Saale herrscht eine Hitze von 150 Petripierre und große Langeweile. Der Besuch der Tribünen ist eine schwache Seite des Hauses. Der angenehmste Platz ist auch heute der Tisch der Bundes-Kommissarien, an welchem jeder Anwesende vom Bundeskanzler in den Schatten gestellt wird.

Der Präsident (eröffnet nach der Melodie: „O, Tannenbaum, o, Tannenbaum“ die Sitzung).

O, Parlament, O, Parlament!  
Du mußt Dich jetzt begnügen,  
Die Politik nimmt Bismarck krumm,  
Mit Eisen und Petroleum,  
Mit Reis und Lumpen und Tabak  
Ruhst Du Dich jetzt begnügen!

Abg. Mohl. Wir stehen die Haare zu Berge! (zu sich selbst). Zum Glück habe ich mir eine Perücke stehen lassen!

Abg. Bamberger. Ich sehe aber nicht ein, meine Herren, weshalb wir uns hinsichtlich der Politik nicht nur einen Korb geben lassen, sondern es auch dulden sollen, daß uns derselbe höher gehängt wird. Denn gewiß hat der Bundeskanzler —

Ruf: Robeisen! Zur Sache!  
Präsident. Ich mache den geehrten Redner darauf aufmerksam, daß wir uns jetzt nur noch über Steuern zu unterhalten haben. B. geh. Rath D. Delbrück wählt den Handelsvertrag mit Oesterreich zum Gegenstand eines eingehenden Vortrags.

Abg. Windthorst (schläft ein und schnarcht, bei der Unaufmerksamkeit des Hauses schwer verständlich).

Ruf: Lauter!  
Abg. Braun. Ich schließe mich den Ausführungen meines geehrten Vorschneiders an. Ohne Politik ist es hier nicht auszubalzen. Dagegen ich Vertreter der besten Weingegend bin. (Weiterkeit) Rüschheim, Trarbach, Hausmann, Steinberg. (Weiterkeit) —

Abg. Windthorst (aufwachend). Ich danke, ich habe schon geschlafen.

Präsident. Dann können wir wohl zur Tabaks-Vorlage schreiten.

Mehrere Nichtraucher (verlassen das Lokal).  
Abg. v. Neurath. Das wäre denn mal wieder eine Gelegenheit über Nord- und Süddeutschland zu reden. Gerade in einem Augenblick, wo der Süden sich anraucht und trotz aller Deckblätter es nicht

mehr zu leugnen ist, daß der Norden viel zu fest gestopft ist, so zwar, daß man sich die Schwinducht an den Hals —

Präsident. Ich muß den geehrten Redner unterbrechen. Wie oft soll ich es wiederholen, daß der Bundeskanzler ausdrücklich gewünscht hat, diesen Ort nicht zu verpolitifiziren! Reden Sie also nur über Tabak.

Abg. v. Neurath. Da geht mir die Pfeife aus.

Abg. v. Vinke (Rörs). Ich empfehle Ihnen die Tabaksvorlage auf das Wärmste.

Abg. v. Rothschild. Bei die Hitze! Meine Herren, wir haben 20 Grad Courant im Schatten. Ich schlage Schluß der Debatte vor. Die Berberathung der Tabakssteuer-Vorlage im Plenum wird mit sehr großer Majorität beschloffen. Die Vorlage kommt dadurch in's Wanken, so daß sie Diesem oder Jenem auf den Kopf fallen kann. Die Sitzung wird daher geschloffen.

Nachdem wir in diesem Bild eine normale Sitzung des Zollparlaments vorgeführt, wollen wir nun einiger anormalen kurz Erwähnung thun. Am Freitag wurde nach längerer Debatte die Tabakssteuervorlage vollständig zerlegt, und statt ihrer ein nationaler Wechselbald adoptirt, der dem Norddeutschen Bund bloß etwa 50,000 Thlr. jährlich einbringt. Auch diese lumpige Summe verschmäht der Norddeutsche Bund nicht, der offenbar in bedenklicher Finanzklemme steckt (nach der Anschauungsweise der „Kreuzzeitung“ bekanntlich ein Zeichen der Stärke). Dem Herrn Grafen Bismarck müssen wir aber das Compliment machen, daß es noch keinem Staatsmann gelungen ist, für so wenig Geld so viel Unpopularität zu erzeugen.

Recht lustig ging es in der Montagsitzung her, der einzigen, seit Zusammentritt des „Zollparlaments“, in der kein Mitglied eingeschlafen ist. Herr Bamberger aus Mainz brachte einen Antrag ein, der auf Einmischung des Zollbundesraths in die inneren Angelegenheiten des Großh. Hessens abzielte, und die Kompetenzfrage wieder hervorrief. Die Vertreter der Volkspartei (deren Reden wir, gleich der Rede Bebel's gegen die Tabakssteuer, in der nächsten Nummer nach dem stenographischen Bericht abdrucken werden) protestirten nachdrücklich gegen den Antrag, der jedoch schließlich durchging. Die Debatte war reich an komischen Inzidentien. Graf Bismarck, der nach einer Rede voll der zartesten Rücksichten gegen Frankreich sich auf die umpanzerte Brust schlägt, und melodramatisch ausruft: „Ein deutscher Mann kennt keine Furcht!“ (oder etwas ähnliches) — der Bayerische Fortschrittsmann Bölk, der dem sozialfeudalen Bismarckianer Wagener gerührt die Bruderhand reicht — der nämliche Bayerische Fortschrittsmann Bölk, der bei 30 Grad Hitze das politische Wetter mit dem „jetzigen Frühlingswetter“ vergleicht, „wo hier das frische Gras emporschießt, während dort die Knaben mit Schneebällen wer-

\*) Welche wir unsern Lesern angelegentlich empfehlen. D. Red.

fen", ein Vergleich, der zur Zeit der beabsichtigten Adressdebatte, wo es bitter kalt war, vortrefflich gepaßt hätte, nun aber den verrätherischen Beweis lieferte, daß die angebliche Stegreif-Rede nichts anderes war, als ein gut auswendig gelernter Spruch, den der schwaghafte Herr für die so traurig ins Wasser gefallene Adressdebatte vorbereitet hatte. — Der alte Waldeck „mit dem weißen Haar“ (blasse Kopie des „Lafayette aux cheveux blancs“) und Löwe (genannt „von Kalbe“) mit der fetten Bassstimme und der mageren Logik, die Beide (wie meinen Waldeck und Löwe) in glücklicher Selbstvergessenheit die demokratischen Gewänder herabfallen lassen und sich plötzlich in puris naturalibus als gute Königlich Preussische Partikularisten und Hofdemokraten präsentiren — sind das nicht gar heitre Tableau? — den armen, geplagten, halb zu Tode gelangweilten Zöllnern wohl zu gönnen?

Tags darauf spielte wieder eine Komödie. Es handelte sich um die Petroleumsteuer, und Braun (Wiebaden, der Schüßling Stieber's) hielt eine vernichtende Rede gegen den Regierungskommissar Michaelis, seinen Freund, und die Steuervolitik derselbigen Regierung, der er sich auf Leben und Tod verschrieben. Das scheinbare Räthsel löst sich durch den einfachen Umstand, daß die Stelle des Herrn Michaelis sehr einträglich ist, und daß — in der Politik die Freundschaft und Gemüthlichkeit aufhört. Braun würde als Regierungskommissar allerdings eine bessere Figur machen, jedenfalls den Posten besser ausfüllen, als der Spindelbürre Michaelis. Beiläufig ist die Petroleumsteuer verworfen worden, — Dank dem Heldenmuth der Nationalliberalen, die nun einmal am Schmolten Spaß gefunden haben. Also auch nicht einmal als Schröpfmaschine hat das Zollparlament sich bewährt — „das Windel“ kann zertreten werden. —

Am vorigen Donnerstag hatte in Berlin eine Volksversammlung statt, über die wir weiter unten ausführlich berichten. Die begeisterten Hochrufe, die dort auf die Vertreter der Deutschen Demokratie ertönten, zeigten der preussischen Fortschrittspartei ihren Tod an.

Die erlaubte und unerlaubte Auswanderung aus den gesegneten Regionen des Nordbunds nimmt fortwährend zu. Ein einziges preussisches Kreisgericht (zu Schubin im Regierungsbezirk Bromberg) citirt nicht weniger als 243 junge Leute, die sich der Dienstpflicht durch die Auswanderung entzogen haben. Am Ende bleiben nicht genug „junge Leute“ im Land, um alle Zündnadelgewehre mit den nöthigen menschlichen Anhängseln zu versehen.

In Preussischen Blättern ist zu lesen: „Der Minister des Innern hat neuerdings die definitive Aufhebung der körperlichen Züchtigung in den Weiber-Strafanstalten verfügt. Seit einiger Zeit war dieselbe probeweise suspendirt und hat diese Maßregel keinen nachtheiligen Einfluß auf die Disciplin ausgeübt.“ Wir sind begierig, was unsere national-liberalen Blätter, welche die Prügelstrafe in Preußen längst abgeschafft sein ließen, zu dieser Notiz sagen werden. Da die Prügelstrafe nur für die weiblichen Strafgefangenen aufgehoben wird, bleibt sie also für die männlichen nach wie vor im Schwung. Großmecklenburg verleugnet sich nicht. Daß die Untersuchungsgefangenen ruhig fortgeprügelt werden, ist selbstverständlich.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß die Festungswerke von Luxemburg in ihrem alten Stand gelassen worden sind, und von den Franzosen, falls dieselben einziehen sollten, binnen wenigen Tagen in verteidigungsfähigen Zustand gesetzt werden können. Die Pariser „Liberté“ schreibt nun:

„Wir glauben zu wissen, daß England in dieser Bezie-

hung und Namens der Mächte, welche an dem Vertrage von London 1867 Theil genommen haben, Schritte bei dem Großherzoge gethan hat, um ihn zu veranlassen, die Schleifung der Festung zu beschleunigen.“

Wenn England sich wirklich in diesem Sinn an den „Großherzog“ gewandt hat, so hat das absolut nichts zu bedeuten, denn der „Großherzog“ will Luxemburg bekanntlich den Franzosen überliefern, und die Englische Regierung hat erklärt, dies nicht mit Gewalt verhindern zu wollen. —

Endlich haben wir authentische, wenn auch keineswegs vollständige Nachrichten über den neuen Oesterreichischen Wehrgezetwurf. Klapha theilt in einer Ungarischen Zeitung Folgendes über denselben mit: „Der Entwurf basiert auf der allgemeinen Wehrpflicht; vom 21. Jahre angefangen ist Jedermann dienstpflchtig; die Dienstpflicht dauert 12 Jahre, wovon 4 Jahre auf den aktiven Dienst, 6 Jahre auf die Reserve und 2 Jahre auf den Dienst in der Landwehr kommen. Die bei der Rekrutierung für das aktive Heer Ausgelooften treten in die Landwehr und dienen dort alle 12 Jahre an. In Friedenszeiten werden 2 Jahre des vierjährigen aktiven Dienstes auf Urlaub verbracht. Die Reserve kann nur im Kriege einberufen werden; der Reservist darf frei heirathen und ist den bürgerlichen Gesetzen unterworfen. Die Landwehr kann außer zu den jährlichen Uebungen nur im Kriege einberufen und nur durch Reichstagsbeschluß außer Landes verwendet werden; ihre Offiziere haben im Dienste den Rang der Linien-Offiziere; sie unterstehen dem Landesvertheidigungsminister ebenso, wie das Linienheer dem gemeinsamen Kriegsminister. An der Spitze der gesammten Landwehr des Landes steht der Landwehr-Ober-Commandant. Das stehende Heer verbleibt in seiner gegenwärtigen Organisation.“ Zunächst wollen wir uns hier gegen das in neuerer Zeit so vielfach mißbrauchte und auf Täuschung des Publikums berechnete Wort: „allgemeine Wehrpflicht“ verwahren. Die allgemeine Wehrpflicht besteht in allen Staaten Europas, mit Ausnahme Englands, wo die Armee aus Werbefoldaten zusammengesetzt ist, und vertritt sich überall mit den Zwecken des Absolutismus. Allgemeine Erfüllung der Wehrpflicht, d. h. allgemeine Wehrhaftigkeit ist das von der Demokratie anzustrebende Ziel. So lange nicht jeder Bürger wehrhaft ist, kann von politischer Freiheit nicht die Rede sein. Was den neuen Oesterreichischen Entwurf betrifft, so kommt er dem Ideal der Volkswehr näher, als irgend eine andere Europäische Armeeorganisation, mit Ausnahme der Schweizerischen, und bietet, trotz seiner mancherlei Mängel, doch genügende Garantien gegen den Mißbrauch der Staatsmacht im dynastischen Interesse.

Sobald der Entwurf vollständig vorliegt, wird das „Dem. Wochenblatt“ aus sachkundiger Feder eine eingehende Kritik bringen.

Die Finanzfrage beschäftigt jetzt vor Allem das Oesterreichische Ministerium; der Finanzausschuß des Abgeordnetenhauses, der sich gegen die Einkommensteuer sträubt, hat die Regierungsvorlagen wesentlich abgeändert, dieselben dürften aber doch von dem Reichsrath ziemlich unverändert angenommen werden. Noth kennt kein Gebot.

Der confessionelle Ausschuß des Abgeordnetenhauses hat beschloffen, dem Hause die Annahme des interconfessionellen Gesetzes mit den vom Herrenhause vorgenommenen unwesentlichen Abänderungen zu empfehlen. Die bezüglich Beschlüßfassung des Abgeordnetenhauses sollte am 18. d. erfolgen. Gicht das Haus auf den Vorschlag seines Ausschusses ein, so haben damit die drei confessionellen Gesetze (Ehegesetz, Schulgesetz, interconfessionelles Gesetz) die Genehmigung der Reichsvertretung erhalten und es ist dann der letzte Vorwand

für längere Vorenthaltung der kaiserlichen Sanktion beseitigt. Wir wollen abwarten.

Am 10. Mai wurde in Wien ein von 5000 Personen besuchter Arbeitertag abgehalten; derselbe nahm ein Manifest an, das die Forderungen der Arbeiter nach einer Umgestaltung des Staats im wahrhaft demokratischen Sinn begründet, und welches in alle Landessprachen übersetzt werden soll. Ferner wurde eine Resolution zu Gunsten des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts gefasst, und eine Deputation von 10 Mitgliedern gewählt, um dieselbe dem Minister des Innern, Dr. Gisra, zu überreichen. Am folgenden Tage fand die Deputation sich bei dem genannten Herrn ein. Ueber die Zusammenkunft berichtet man aus Wien: „Dr. Gisra erklärte in sichtlichster Erregung, er müsse die gefasste Resolution zurückweisen, da dieselbe eine Abänderung der bestehenden Grundgesetze verlange, die Regierung aber nicht in der Lage sei, angesichts dessen, daß sie vor vier Monaten die Grundgesetze beschworen, die Initiative zur Aenderung derselben zu ergreifen, da man nicht erwarten könne, bestehende Gesetze und Systeme wie einen Rock zu wechseln. Die Arbeiter wüßten nicht, was sie mit dem allgemeinen Wahlrecht wollten, da dieses in Oesterreich wohl niemals durchgeführt werden könne (!). Das allgemeine Wahlrecht und die direkten Wahlen lägen auch nicht im Wunsche der Bevölkerung (?), denn die Landtage und der Reichsrath, also die Volksvertretung, hätten keinen diesbezüglichen Wunsch geäußert, und nur Einmal sei von der äußersten Linken ein nur sehr schwach unterstützter Antrag eingebracht worden, der natürlich durchfiel. Nach diesen Worten wollte der Minister die Resolution zurückgeben, weil eben die Initiative der Gesetzgebung bei den beiden Häusern des Reichsrathes und der Krone liege, die Minister aber nur Ausführungsorgane seien. Auf die Bemerkung der Deputation, daß man über den Erfolg des heutigen Schrittes auf einem demnächst abzuhaltenden Arbeitertage Bericht zu erstatten habe, erklärte sich der Minister bereit, die Resolution einem Ministerrathe zu unterbreiten. Die ziemlich erregte Diskussion dauerte fast zwei Stunden und dürfte dem Doktoren-Ministerium ein gutes Stück seiner Popularität gekostet haben.“

Das glauben wir. Wenn diese „Doktoren“ mit ihrem „Liberalismus“ vor den Arbeitern stehen bleiben wollen, dann dürfen sie sich auch nicht wundern, wenn die Arbeiter auf eigene Hand Politik treiben und über das „Doktoren-Ministerium“ hauptsächlich zur Tagesordnung übergehen. —

Aus Frankreich wird uns von der officösen Presse Liebeswind zugefächelt. Als harscher Mißklang dringt nur eine, freilich sehr unidyllische Ansprache herüber, die der Obercommandant des Lagers von Chalons, der General und Adjutant des Kaisers, de Failly (er beschligte auch die letzte römische Expedition) vor einigen Tagen an seine Offiziere gehalten hat, und die also lautet: „Meine Herren! Ich bin glücklich und stolz, dazu berufen zu sein, den Oberbefehl über Sie zu führen. Ich kenne bereits Viele von Ihnen, und Viele kennen mich zum wenigsten dem Namen nach. Wir sind hier nicht in einem Bergnützlager vereinigt, sondern in einem Arbeitslager. Dies reicht hin, um Ihnen begreiflich zu machen, daß wir ohne Zeitverlust manövriren müssen. Die Einübungen im Einzelnen lassen wir bei Seite und gehen frisch weg zu den Feldübungen über, welche dem Kriege entsprechen! Da die verbesserten Waffen die Taktik verändert haben, so werden wir nicht die Vorschriften über deren Handhabung, sondern deren Anwendung unter den neuen Bewaffnungs-Bedingungen modifiziren. Da ein Krieg keine unmögliche Sache ist, so wird unsere Sache eine ernsthafte, einfache und erfolgreiche sein. Ich

wiederhole, meine Herren, ich achte, wie ich dieses muß, die Ehre hoch, an Ihre Spitze gestellt worden zu sein, u. s. w.“

In der französischen Kammer große Debatten über Handelsfreiheit und Schutzoll; in den französischen Sübprovinzen Befürchtungen einer neuen Misere, und in Algerien die Hungersnoth so furchtbar, daß sie zur Menschenfresserei in des Worts wirklichster und scheußlichster Bedeutung geführt hat. Das sind die Früchte 38jähriger „Civilisirung“ durch den intelligentesten Militärstaat!

Ein französisches Blatt stellt die Kosten der verschiedenen Expeditionen des Kaiserreichs (der Russische und der Italienische Krieg sind nicht mitgerechnet) wie folgt zusammen:

Römische Expedition	(1852—1866)	39,776,226 Fr.
Syrische	(1860—1861)	4,105,317 „
Chinesische u. Cochinchinesische	(1860—1864)	20,133,354 „
Mirifanische	(1862—1866)	208,627,271 „
Summa		272,643,168 Fr.

Alles für „Ruhm“ verpulvert!

Im Bewußtsein ihrer Ohnmacht hat die Italienische Regierung wieder einmal die Allianzfrage auf die Tagesordnung gebracht. Soll Italien sich Preußen, oder soll es sich Frankreich anschließen? Natürlich entscheiden sich die ministeriellen Blätter für letzteres, denn Preußen ist weit und Frankreich ist nah. Daß Italien auf eignen Füßen stehen sollte, daran denkt man in den Regierungskreisen nicht; um stark zu werden, müßte es ja frei sein. Es ist in Italien wie in Deutschland: nur die Demokratie ist national. Das Volk fängt an, dies zu begreifen, und die Mazzinisten suchen die aufdämmernde Erkenntniß durch Flugblätter und Manifeste zu fördern. Eine der neuesten Proklamationen lautet: „Italiener! So lange die getäuschte und irreführte Mehrheit der Nation vertrauensvoll einer Richtung folgt, welche unser Urtheil als falsch erkennt, glauben wir unserer Bürgerpflicht nachzukommen, wenn wir die allgemeine Bewegung auf das Feld der Action leiten. Italien weiß, daß seine Jugend, welche so zahlreich von Palestro bis Custozza, von Varese bis Bezecca unter königlichen Fahnen foht, dies weder aus Anhänglichkeit an die Monarchie, noch an die savoyische Dynastie that, obgleich die Mehrzahl der Führer der früheren Revolution diese Straße als die einzige bezeichnete, die zur Unabhängigkeit, Freiheit und Einheit des Vaterlandes führe. Heute ist die Lage wesentlich verändert, und wir erheben unsere Stimme, um Euch zur Rettung des bedrohten Vaterlandes zu rufen. Monarchie und Verfassung machten ihre Probe mit dem Ende von Mentana, mit dem Zwangscurs, mit der verhängnißvollen Ankündigung des Bankrotts von Seiten eines Ministers der Monarchie, um dem Lande die Bewilligung neuer Steuern und Gelderpressungen zu entreißen. . . . Es lebe die Revolution! Es lebe die Republik! Das republikanische Comité.“

In England, dem parlamentarischen Musterstaat, wieder ein politischer Staatsmord. Der „Genier“ Barrat wurde am 19. d. in London gehängt. Die Geschwornen hatten ihn der Theilnahme an dem Verbrechen, das Clerkenwell-Gefängniß in die Luft zu sprengen, schuldig befunden, aber so mancherlei und so wohlbegründete Zweifel an seiner Schuld waren laut geworden, daß man die Hinrichtung schon einmal verschoben hatte. Also doppelten Tod ließ man den Unglücklichen erliden!

Ein Hauptspieler in der Englischen Parlamentskomödie ist dieser Tage gestorben — Lord Brougham — einst Vorkämpfer der Reformbewegung, bis die Aristokratie ihn kaufte, und den wilden Reformlöwen in einen zahmen Fubel verwandelte.

Der Prozeß gegen den Präsidenten der Vereinigten Staaten hat mit einer Freisprechung geendigt, oder richt-

tiger, im Staat hatte sich die nöthige Zweidrittel-Majorität nicht gefunden. Bloß 35 gegen 19, also Einer zu wenig, stimmten für Schuldig. Bei diesem Zahlenverhältniß kommt die Freisprechung moralisch einer Verurtheilung gleich. — Inzwischen fügen sich die Südstaaten einer nach dem andern in die neue Ordnung der Dinge. — Süd-Carolina hat die neue Constitution mit der gewaltigen Majorität von mehr als 40,000 Stimmen angenommen. In Louisiana ist der Ausfall derselbe, mit ungefähr halb so großer Majorität. In Nord-Carolina ist die Abstimmung noch nicht beendet, wird aber unzweifelhaft zu Gunsten der neuen Ordnung ausfallen. In allen drei Staaten wurde das Resultat nicht durch Enthaltung der Weißen vom Stimmen erzielt; denn in allen Bevölkerungsschichten war die Theilnahme eine sehr lebhaft, so daß wirklich die Majorität des Volkes entschieden hat. Selbst in Georgia scheint wider Erwarten die Loyalität den Sieg davon getragen zu haben. Dort allein fielen wiederholte Unordnungen vor, während sonst die Sache mit musterhafter Ruhe von Statten ging. Arkansas hat bereits das neueste Amendement zur Constitution ratificirt und seine Congress-Delegation nach Washington gesandt, wo dieselbe ohne Zweifel sofort Aufnahme finden und damit die Rekonstruktion jenes Staates vollendet sein wird. Bald werden die Carolinas, Louisiana und hoffentlich auch Georgia sich in derselben Lage befinden. Es ist somit die beste Aussicht für die Erledigung der schwierigsten aller Fragen vorhanden, denn nachdem die Majorität der Südstaaten sich der Politik des Congresses gefügt hat, wird die Minorität nicht länger mehr säumen können. —

Ein albernnes Gerücht läßt in Mexiko eine Revolution ausgebrochen, und Suarez auf der Flucht sein. Es ist dies offenbar nur ein frommer Wunsch der Pfaffenpartei, welche sich das Vergnügen machen will, die verhaßte liberale Regierung wenigstens auf dem Papier zu stürzen. Nach den letzten beglaubigten Nachrichten aus Mexiko hat der Congress mit großer Mehrheit die Abschaffung der Todesstrafe beschlossen. So denkt und handelt man in dem „barbarischen“, „anarchischen“ Mexiko, und in dem „zivilisirtesten“ Staat Deutschlands, das bekanntlich das „zivilisirteste“ Land Europas ist, — in unserm guten Sachsen hat am Dienstag die erste Kammer sich gegenüber dem bekannten Beschluß der zweiten Kammer, mit 22 gegen 15 Stimmen für Beibehaltung der Todesstrafe erklärt. Wenn Suarez wirklich aus Mexiko vertrieben werden sollte, wollen wir ihn nach Sachsen einladen, damit er unsern Junkern einigen Unterricht in Bildung und Humanität erteilt.

Für die Tabaksteuer haben folgende Sächsische Abgeordnete gestimmt: Mosig v. Ahrenfeld, Dr. Blum, Dr. Stephani, Dr. Leistner, v. Einsiedel, Dehmichen, v. Zehmen.

— Der „Nürnberger Anzeiger“ veröffentlicht das folgende von einer Anzahl Nürnberger und Fürther Bürger entworfene und unterzeichnete Programm für eine in Baiern zu gründende Volkspartei, welches den demokratischen Prinzipien einen treuen Ausdruck giebt:

§ 1. Die Volkspartei gründet sich auf die Prinzipien der Freiheit, Gleichberechtigung und Brüderlichkeit.

§ 2. Sie unterscheidet sich von den übrigen Parteien durch das Ringen nach steter Erweiterung der Freiheit, durch das Festhalten an der Gerechtigkeit und durch die Verpflichtung, die freibeitlichen Prinzipien keinem anderen Interesse unterzuordnen.

§ 3. Die Volkspartei will auf dem nationalen, wie internationalen Gebiete die Bewegungen des wirtschaftlichen, religiösen und politischen Lebens von allen Beschränkungen befreit wissen, die nicht von der Rücksicht auf das Gesamtwohl als unerläßlich gefordert werden. Sie will, daß der Staat sich die Förderung des Wohles

jedes seiner Angehörigen zur Aufgabe setze; sie will Gleichberechtigung für die Individuen, Selbstregierung für die Gemeinden und nur durch das Nationalinteresse beschränkte Selbstbestimmung für die Einzelstaaten; sie will alle deutschen Stämme auf demokratischer föderativer Grundlage zur Nation und die Nationen durch Freiheit zu einem Friedensbunde vereinigt sehen.

§ 4. Die Mittel und Wege zur Erreichung ihrer Ziele erblickt die Volkspartei in einer planmäßigen, von Gemeinfinn durchdrungenen Thätigkeit des zum Selbstbewußtsein geweckten Gesamtvolls, und als Mittel zur Anregung und Erhaltung dieser Thätigkeit sollen Vereine und Versammlungen sowie Presseorgane benützt werden.

## Stieberisches.

Von dem Prozeß, den Hr. Stieber uns versprochen, ist noch nichts zu merken.

## Demokratische Volksversammlung in Berlin am 14. Mai.

(Nach dem Bericht der „Zukunft“.)

Seit langer Zeit hat in Berlin keine so zahlreich besuchte Volksversammlung stattgefunden, wie die am Donnerstag Abend von der demokratischen Gesellschaft nach dem Concertbause berufenen, deren ausgesprochener Zweck sein sollte, eine Einigung der Volkspartei in Nord- und Süddeutschland anzubahnen. Der geräumige Saal und die Tribüne war dicht gefüllt; es mögen wohl circa 3000 Personen anwesend gewesen sein. — Eine große Anzahl von Abgeordneten des Zollparlaments waren der an sie ergangenen Einladung gefolgt; wir bemerkten u. A. die Herren Kolb (Baiern), Desterlen, Tafel, Grath, Freisleben, Schäffle (Württemberg), Bebel, Liebtnecht (Sachsen), Meinke (Preußen).

Der Vorsitzende der demokratischen Gesellschaft, Buchhändler Alexander Jonas, eröffnete bald nach 8 Uhr die Versammlung mit folgenden Worten: „Eine Anzahl von Abgeordneten des Zollparlaments, und zwar von denen, die sich zur Volkspartei rechnen, vornehmlich aus Süddeutschland, hat den Wunsch ausgesprochen, vor dem Volke Berlins ihren so arg verketteten Standpunkt klar zu legen und beizutragen zur Verständigung zwischen Nord- und Süddeutschland. Die demokratische Gesellschaft, ein kleiner Kreis von Gesinnungsgenossen, der es sich zur Aufgabe gemacht, überall, wo es gilt, den demokratischen Ideen den Boden zu ebnen, ist mit Freuden diesem Wunsche nachgekommen und hat die heutige Versammlung berufen. Namens dieser Gesellschaft sage ich Ihnen Dank für Ihre so überaus lebhafteste Theilnahme, und bitte Sie, zur Leitung der Verhandlungen sich Ihr Bureau zu bilden.“

Herr Casé beantragt, das Einladungs-Comité der Kürze halber als Bureau zu bestätigen. — Die Versammlung tritt diesem Vorschlage bei; es sind dies die Herren Alex. Jonas, Dr. Lothar Pfeiffer, Paul Singer, Ludw. Löwe, Eugen Schlieper, Carl Helmig, S. Ball, Ludw. Kämmerer, C. May, Gustav Thöle, Ludw. Devereux, S. Sonnenberg, Friedr. Stephan.

Herr Jonas übernahm nun den Vorsitz mit folgenden Worten: „Ein blutiger Krieg hat die Stämme Deutschlands auseinandergerissen; die so heiß ersehnte Einheit, diese Bürgerschaft für die Freiheit und den Frieden Europas, ist ferner, als je. — Mehr als 8 Millionen Deutsche Desterreicher sind von uns abgewandt, müssen sich ihr Schicksal allein schaffen und einen verzweifelten Kampf kämpfen mit den andringenden Elementen der Gezen und Slaven, ohne sich neue Kraft holen zu können aus der mütterlichen deutschen Erde. Der Süden Deutschlands ist mißtrauisch und widerwillig. — Aber der norddeutsche Bund? Bietet der nicht für Alles, was verloren gegangen ist, reichlichen Ersatz? Gleiche Höhe der belastenden Steuern und gleichmäßiges Jübnadelgemehr — das ist die Einheit. (Lebhafter Beifall.) Große Strenge gegen die Presse, groß selbst im Vergleich zu den Zeiten des Konflikts, eine große Zahl von Prozeßen wegen politischer Vergehen, namentlich des Landes- und Hochverrats, die Machtlosigkeit der Volksvertretung, die Abweisung auch der bescheidensten Ansprüche in Bezug auf innere Organisationen, — das ist die Freiheit. (Lebhafter Beifall.) An den Grenzen die Sperre, die einen großen Theil der Provinzen ruiniert von Seiten desselben Staates, der in seinem Inneren alles deutsche Wesen zu vernichten bestrebt ist; das Aufgeben einer von preussischen Truppen besetzten Festung, die stets zu Deutschland gehört hat, und immerwährende Kriegesfurcht — das ist die Macht. (Stürmischer Beifall); Verminderung des Nationalwohlstandes, Darniederliegen von Handel und Wandel, endlose Züge auswanderndes

Bürger, die nicht die schlechtesten sind — das ist der Segen (Beifall). — Nun, wir haben's verdient, wir werden's auch überwinden. Für Alles dies giebt es aber nur ein Heilmittel: wenn Alle diejenigen, welche gleiches Schicksal haben, sich einigen und gleichzeitig den Kampf beginnen gegen die gemeinsamen Gegner, welche überall dieselben sind in politischer, sozialer und religiöser Beziehung (Beifall); wenn die Mißverständnisse und Verurtheile, welche diejenigen trennen, die gleiches Interesse haben, dauernd beseitigt werden, damit man nicht mehr die Einen auf die Anderen hegen kann. — Um einen Theil dieser hohen Aufgabe zu erfüllen, ist die heutige Versammlung berufen worden; die Abgeordneten der Volkspartei in Süddeutschland werden ihre Bestrebungen klar vor Ihnen legen, um so beizutragen zur Einigung der Volkspartei in Nord- und Süddeutschland. In diesem Sinne begrüße ich Namens dieser Versammlung unsere deutschen Landsleute, die vielbewährten Vorkämpfer der Demokratie. Möge der Geist der Versöhnung die Verhandlungen leiten, damit dieser Abend nicht, wie so viele frühere, zu den verlorenen zähle. (Beifall.)

Auf den Vorschlag des Vorsitzenden beschloß sodann die Versammlung, daß keinem Redner das Wort länger als 20 Minuten gestattet werden solle.

Darauf erhielt das Wort Abg. Desterlen (Württemberg). Derselbe sprach zunächst seinen Dank aus gegen die Mitglieder der demokratischen Gesellschaft dafür, daß sie den süddeutschen Mitgliedern des Zollparlaments Gelegenheit gegeben hätte, in dieser Versammlung ihre politischen Ansichten darzulegen, zu deren Erörterung sie das Zollparlament nicht für kompetent erachten könnten und fuhr dann fort: Als wir uns rüsteten zur Reise nach Berlin, um dort die Interessen unseres engeren Vaterlandes zu vertreten, war unser Herz schwer, nicht bloß wegen Mangels an Diäten (Heiterkeit), nicht bloß, weil wir Familie, Frau und Kinder, zurückließen, sondern überhaupt, weil wir uns nach dem Norden wenden mußten, um einen Einheitspunkt in Deutschland zu finden, wobin uns die nationalliberale Verkündigung im Vorhinein der preussischen Jahrbücher vorausgegangen war: „daß dieses Württemberg Land demokratisch unterwühlt und von Preußen-gehehrt sei, und daß es deshalb übel gethan sei, den Abgeordneten dieses Volkes in Berlin einen freundlichen Willkommen zu bereiten; denn auf einen groben Klob geböre ein grober Keil; es sei deshalb diesmal eine Ausnahme von der sonstigen Höflichkeit der Berliner am Platz.“ (Gelächter. Auf aus der Versammlung: die Süddeutschen sollen leben!). Der Abg. Braun, hat es, in Gemäßheit dieser Besung, im Parlament übernommen, uns einen günstigen Empfang zu bereiten; wie der Versuch ausgefallen, ob der Braun den Schwaben oder der Schwab den Braun zum Gabelstübchen verzehrt, mögen Sie selbst beurtheilen. (Beifall.) Von anderer Empfindung besetzt wurden die Freunde, welche der königlichen Einladung zum Hoffeste gelobt waren; sie können gar nicht genug rühmend die Artigkeit und das freundliche Entgegenkommen, das man dort gegen sie gezeigt; und heute, wo wir hierher gekommen sind, um dem Berliner Volk unseren Besuch zu machen, sehen wir ja, daß wir freundlich willkommen sind trotz aller Empfehlungen von nationalliberaler Seite. (Beifall.) Wir haben aber auch ein Recht auf Ihre freundliche Aufnahme; denn wir kommen zu Ihnen als deutsche Brüder zu deutschen Brüdern (Beifall); uns alle erfüllt die Ueberzeugung: Was auch die Politik der Kabinete in den letzten Jahren gefehlt hat: das Bedürfnis der Zusammengehörigkeit und das Bewußtsein dieses Bedürfnisses und die Brüderlichkeit zwischen allen deutschen Stämmen hat sie nicht vertilgen können. (Beifall.) Welche Schäden auch dem nationalen Leben zugefügt sind: so tief ist keiner gegangen, daß ihn die Freiheit nicht wieder heilen könnte. (Beifall.) — Der Vorwurf der Preußenfeindlichkeit ist die schwere Anschuldigung, welche auf Süddeutsche und speziell die schwäbische Volkspartei von nationaler Seite gebäut worden ist. Es ist ein großer, gefährlicher Fehler jener politischen Partei, daß sie einen Zwiespalt, eine Kluft, einen feindlichen Gegensatz in Deutschland zwischen Nord und Süd als bestehend hinstellt, anstatt Einigkeit zu predigen dem Auslande gegenüber. Um die Gemischungsgeleüste Frankreichs zu erwecken und zu befördern, kann gewiß nichts mehr beitragen, als die Vorpiegelung des bestehenden Hasses zwischen dem nord- und süddeutschen Volke. So weit treibt die Parteijucht und Parteifeindschaft die Gegner, daß sie die heiligsten Interessen des Vaterlandes zu gefährden wagen, unter einer gottlosen falschen Vorpiegelung; denn es besteht jener Haß nicht. Sie haben uns zwar besetzt, aber Sie haßen uns nicht (einmüthiger Zuruf aus der Versammlung: Nein! Nein!) und Sie verachten uns auch nicht. (Ruf: Nein! Nein!) So dachte ich mir, würde der Zuruf lauten aus einer Versammlung des Berliner Volkes; so würde das, was Parteihass und Parteilidenschaft zwischen uns geworfen hat, zerfallen bei der ersten Begegnung der Männer des Volkes aus Nord und Süd. (Beifall.) — Redner ging darauf zu seinem Hauptthema über, die politische Auffassung der deutschen Frage von Seiten der

süddeutschen Volkspartei, darzulegen. — Die Einheit des großen deutschen Vaterlandes, führte er aus, war das Ziel der patriotischen Bestrebungen der deutschen Nation seit vielen Jahren. Einig im Ziel gingen die Wege der deutschen Männer auseinander, und es stellten sich zwei große Richtungen einander gegenüber. — Die erste, vertreten im National-Verein, wollte die Einheit herstellen auf dem Wege der Unterwerfung des übrigen Deutschlands unter den Großstaat Preußen; die andere wollte eine föderativ-Verbindung der deutschen Staaten und Stämme. Jene betrachteten als Mittel zur Erreichung ihres Zweckes freisinnige Institutionen in Preußen, die moralische Eroberung Deutschlands durch Preußen. Jene Partei ist abgelöst worden von einem Manne, der, anders als durch moralische Eroberung, die Einheit Deutschlands mittelst der Unterwerfung unter Preußen herstellen wollte, und auch Recht hatte von seinem Standpunkte aus; denn wenn er die Einheit wollte in dieser Form, ein Aufgehen Deutschlands in dem preussischen Einheitsstaat, dann gab es kein anderes Mittel, als Eisen und Blut. (Ruf: Sehr wahr!) Wir in Schwaben hielten eine andere Form der Einigung Deutschlands für die richtige. — Ich begreife wohl, daß Sie, die Angehörigen eines großen mächtigen Staates, im Vollbewußtsein Ihrer Kraft und Ihrer Bedeutung, sich angezogen fühlen konnten, von dem anderen Weg, daß Ihnen der Widerstand der kleinen Staaten als unberechtigt, als partikularistisch erschien, und daß Sie nicht begreifen konnten, daß wir auch aus unserem kleinen, engeren Vaterlande hängen. — Aber daß können Sie versichert sein, Deutsche sind wir, und gute geblieben, wenn wir auch die deutsche Einheit auf einem anderen Wege erstreben, durch die freie Verbindung der deutschen Staaten und Stämme, und in dieser Beziehung vielleicht deutscher sind, als Sie. — Wir wollen von keiner staatlichen Einheit etwas wissen, welche 10 Millionen Deutsche prinzipiell ausschließt; unser Herz hängt an den durch den Prager Friedensvertrag ausgeschlossenen Oesterreichern ebenso, wie an den übrigen deutschen Brüdern in Nord und Süd, und wir können die Einheit nur da erkennen, wo alle deutschen Stämme beisammen sind. (Beifall.) — Der Abg. Bluntschli hat im Zollparlament von uns Schwaben gesagt: „Wir seien ein eigenartiges und originelles Volk; und so originell wäre auch unsere Politik; wir kämen doch, wenn auch spät.“ — Nun, meine Herren, wenn treues Festhalten an der Idee der Einheit der ganzen Nation, an dem Gedanken, daß die Einheit ein Kind der Freiheit sein soll, originell und eigenartig ist, dann will ich mir gern diesen Tadel gefallen lassen; hoffe aber, daß noch viele deutsche Männer in dieser Versammlung nicht nur, sondern in ganz Deutschland sind, welche diese Eigentümlichkeit mit uns Schwaben theilen; denn ich bin überzeugt, daß die Nation in ihrer Mehrheit noch nicht abgefallen ist von der Idee der Einheit und Freiheit des Vaterlandes. (Beifall.) Wenn wir nun aber auch diesen Standpunkt festhalten, wenn wir auch die Hoffnung haben, denselben durchzusetzen und zu siegen, so verkenne wir doch nicht das, was die Ereignisse von 1866 geschaffen haben, und wissen, daß die Verträge, welche dieselbe im Gefolge gehabt haben, von uns zu halten sind. — Der Zollvereinsvertrag, auf dessen Grund wir hier in Ihrer Mitte sind, und der Allianzvertrag, sofern er zum Schutz der deutschen Nation besteht, wird von uns redlich gehalten werden. — Es hätte aber dem süddeutschen Volke gegenüber eines solchen Vertrages nicht einmal bedurft; wir hätten auch obnedies gewußt, was wir dem deutschen Volke schuldig sind. Als wegen Luxemburg eine kriegerische Entwicklung mit Frankreich drohte, war es die so gut verleumdete Volkspartei in Württemberg, welche in einer öffentlichen, feierlichen Erklärung aussprach: „Wenn wir auch im Namen der Freiheit die preussische Politik bekämpfen, so werden wir ihr doch hier im Interesse der Integrität der Nation zur Seite stehen.“ (Lebhafter Beifall.) Und es war wahrscheinlich nicht der Mangel an unserer Bereitwilligkeit, der das Aufgeben dieser Forderung herbeigeführt hat. Aber gestatten Sie uns auch, daß wir uns auf diese Verträge stellen, welche die Grundlage des öffentlichen Rechtszustandes (?) in Deutschland bilden, gegenüber einer Partei, wie der nationalliberalen, die bei uns in Schwaben preussischer ist, als Sie, vaterlandsverrätherisch, möchte ich hinzufügen. (Brausender Beifall; Rischen.) Gestatten Sie uns, dieser Partei gegenüber, welche die abgeschlossenen Verträge nicht achtet, aus dem Zollparlament ein Zollparlament schaffen will, den Rechtsstandpunkt zu wahren und an diesen Verträgen festzuhalten, so lange nicht im Namen eines in Freiheit geeinten Deutschlands die Anforderung an unser Land kommt, größere Opfer an politischer Selbstständigkeit zu Gunsten des großen Ganzen zu bringen. — Das ist eben der Hauptfehler der preussischen Politik, daß sie eine Einheit der Nation, die nicht auf freier Selbstbestimmung der Stämme beruht, herzustellen sucht, die jedoch nur zusammengehalten werden kann durch äußere Machtmittel, durch den Militarismus, durch die Ausbeutung aller Staatsmittel, deren notwendige Folge jedoch die beständige Gefahr vor der Gemischung des Auslandes und die wachsende Noth des Volkes ist. Der Abg. Bamberger hat als Grund für die Hefen zum

Eintritt in den „norddeutschen Bundesrath“ das Ausgehungertsein derselben angeführt; nun, dieser Grund ist für uns Schwaben noch nicht da; wir sind noch nicht durch Hunger gezähmt. Kommen Sie uns im Namen der Einheit und Freiheit des Vaterlandes, und Sie werden uns haben. Wenn Sie aber nicht unter diesen heiligen Aus-  
spizien zu uns kommen wollen, dann müssen Sie uns holen. (Stür-  
mischer Beifall; die Versammlung erhebt sich auf eigenen Antrieb  
von den Plätzen.)

Der Vorsitzende Jonas: Der Abgeordnete Kolb, der einzige Demokrat, den Bayern uns geschickt, hat das Wort. (Beifall.)

Abg. Kolb (mit lautem Beifall empfangen): Wir sind hierber ein-  
geladen worden, um mitzuwirken zur Einigung der deutschen Volks-  
partei in Nord und Süd. — Ich habe mich eigentlich gewundert über  
diese Einladung; denn ich meine, daß die Volkspartei aller Länder  
einer besonderen Einigung nicht bedarf. Ein solcher Aufruf setzt einen  
Zweispalt voraus; ich meine aber, daß die Anhänger der Volkspartei  
überall dasselbe Ziel haben, gleiche Freunde und gleiche Feinde. —  
Gegen uns Süddeutsche hat man eine Masse Beschuldigungen ausge-  
streut. So hat man gegen uns Bayern speziell behauptet, daß wir  
Demokraten einen Bund geschlossen hätten mit den Ultramontanen.  
Es giebt nichts Lächerlicheres, als diese Beschuldigung, für welche auch  
alle Beweise fehlen. Wir Demokraten haben nichts aufgegeben zu  
Gunsten der Ultramontanen, und die Ultramontanen nichts zu unsern  
Gunsten. — Den Süddeutschen im Allgemeinen wirft man ferner vor,  
daß wir eingefeilschte Preußenhasser wären. Nun, m. H., dann  
würden wir keine Demokraten sein, wenn wir gegen irgend ein Volk  
der Erde Haß begäben. Wir haben keinen Haß gegen die Italiener,  
Franzosen, Engländer oder sonst wen; viel weniger natürlich gegen  
Deutsche. Das ist nichts, als eine falsche, verleumderische Beschuldi-  
gung. (Beifall.) — Man wirft uns ferner vor, wir seien Particu-  
laristen. Es ist in der That ein eigenthümliches Spiel des Zu-  
falls, daß gerade die erste große Bewegung im Interesse der deutschen  
Einigung vom Südwesten Deutschlands ausging und in den dreißiger  
Jahren den Bundestag in Bewegung setzte, um diesem Streben nach  
Einigung entgegen zu treten. Und nun sollen wir plötzlich Particu-  
laristen sein? Können Sie das glauben? (Lebhafter Zuruf:  
Nein! Nein!) Etwas ist richtig: Wir in Süddeutschland haben ein  
halbes Jahrhundert lang schwere Kämpfe gekämpft für die Prinzipien  
der Freiheit; und wenn die Zustände bei uns auch noch nicht derart  
sind, wie wir sie wünschen, so sind sie doch nicht vergeblich gewesen.  
Sehen Sie sich unsere neueste Gesetzgebung an. Wir haben in Bayern  
ein neues Gewerbegesetz, wonach z. B. die Pressgewerbe frei sind, und  
das in jeder Beziehung den Vergleich mit dem aushält, was man  
Ihnen bietet. — Wir haben volle Freizügigkeit nicht nur für Ange-  
hörige des bayerischen Staates, nicht nur für Süddeutsche, nicht nur  
für Deutsche überhaupt, sondern für alle Ausländer; der Polizei ist  
bei uns durchaus die Möglichkeit genommen, irgend Jemanden beliebig  
auszuweisen (Beifall); sei 50 Jahre, seit dem Bestehen unserer  
Constitution hat es kein Ministerium in Bayern gewagt, auch das  
schlechteste nicht, Steuern auszusprechen und zu erheben, die nicht  
zuvor von der Volksvertretung bewilligt waren. (Lebhafter Bei-  
fall.) Nun, diese Rechte, die wir besitzen, sind nicht so leicht erwor-  
ben; mancher brave Kämpfer ist dabei gefallen, manches Familien-  
glück zu Grunde gerichtet bei Erreichung dieser Rechte. Gleichwohl  
sind wir vollständig bereit, auf diese Rechte, so weit wie nöthig, zur  
Herstellung einer deutschen Centralgewalt, zu verzichten, sobald sie  
übergehen in die Hände einer Volksrepräsentation von ganz Deutsch-  
land (Beifall); wir sind aber nicht bereit, darauf zu verzichten zu  
Gunsten des Militarismus, des Absolutismus, des Cäsarismus (Stür-  
mischer Beifall); nun und nimmermehr werden wir hierfür frei-  
willig verzichten. Da haben Sie unser Glaubensbekenntniß, nun ent-  
scheiden Sie, ob das so unrecht ist. (Stürmischer Beifall.)

Herr Bebel (Abgeordneter für den 17. sächs. Wahlkreis Glauchau):  
Meine Herren! Die beiden Vorredner haben Ihnen in Kürze die  
Gründe auseinandergesetzt, warum das süddeutsche Volk vor der Hand  
noch keine Lust hat, in diesen norddeutschen Bund zu kommen. Ich als  
Vertreter des sächsischen Landes bin allerdings nicht mehr in der an-  
genehmen Lage, noch die Wahl zu haben; wir sind durch die Friedens-  
verträge gezwungen worden, in diesen Nordbund einzutreten, und ich  
müßte lügen, wenn ich sagen wollte, daß der größere Theil Sachsens  
sich darüber gefreut hätte oder sich heute freut. Denn wir sagten uns  
gleich: was jetzt da unter der Firma der deutschen Einheit vorge-  
nommen wird, das ist nie und nimmermehr ein einiges Deutschland.  
Wir Sachsen haben besonders den Vergleich zwischen früher und jetzt  
seit zwei Jahren zu ziehen Gelegenheit gehabt; diese Zeit ist hinlänglich  
genug, zu untersuchen, was früher gut war und was heute besser sei;  
dieser Vergleich aber ist nicht zu Gunsten der heutigen Zustände ausge-  
fallen. Meine Herren, wir sehen in dieser sogenannten Einheit noch  
keine deutsche Einheit. Der Ausschluß der Südstaaten, die Hinaus-  
stoßung Oesterreichs, die Abreißung Luxemburgs, das sind Thatsachen,

die auch der eragirteste Preußenfreund nicht aus der West leugnen kann.  
Daß die freieitlichen Interessen im norddeutschen Bunde gewahrt  
würden, mag Niemand zu behaupten. Aber man sagte uns, man möge  
sich nur begnügen, es würde schon später nachkommen, vorläufig würden  
hauptsächlich die materiellen Interessen gewahrt, in diesem Punkte fänden  
wir eine Stütze und das wäre schon hoch anzuschlagen. Nun, die Her-  
derung der materiellen Interessen besteht darin, daß Sachsen zunächst  
eine höhere Besteuerung von 3 Millionen Thalern zu tragen hat durch  
die Annahme eines Wehrsystems, das keineswegs ein wirklich demokra-  
tisches ist, aber unerhörte Lasten auslegt. Die Einrichtungen des Weh-  
wesens sind jetzt in Sachsen in mancher Beziehung schlechter, als früher;  
die niedrigen Portosätze sind erhöht, eine Menge neuer Beamten ange-  
stellt worden. Wenn also auf freieitlichem Gebiete nichts gewonnen  
auf materiellem Gebiete viel verloren worden ist, dann werden Sie uns  
wohl zugeben, daß uns die neuen Einrichtungen nicht sonderlich gefäl-  
len. Nun sagt man wohl: „Das geht nicht so schnell, da müße man  
warten.“ Nun, zwei Jahre sind wohl ein hinreichender Zeitraum, um  
wenigstens den Anfang der Besserung zu sehen. — Seit zwei Jahren  
liegen die Geschäfte darnieder, der Handel und Verkehr stottert, die Ar-  
beiter haben einen kümmerlichen Verdienst. Und ist denn Aussicht vor-  
handen, daß es in nächster Zeit besser werde? (Ruf aus der Versamm-  
lung: Nein! Nein!) Die Ursache davon ist, daß durch das sogenan-  
nte neue Deutschland ein Militärsystem auf die Beine gebracht worden  
ist, das den absolutistischen Großmächten Europa's Mißtrauen einflößt,  
und sie veranlaßt, neue Rüstungen vorzunehmen; die Besorgniß vor  
dem Kriege lähmt Handel und Wandel. — Als in den Jahren  
1861—1866 das preussische Abgeordnetenhaus mit Entschiedenheit  
eine Ermäßigung des Militär-Budgets drang, wurde von Seiten des  
Ministeriums gesagt: „Preußen müße jetzt die Lasten für ganz Deutsch-  
land tragen; wenn die Kleinstaaten daran erst mittragen helfen,  
werden die Lasten für Preußen erleichtert.“ — Nun, durch den norddeu-  
tschen Bund und die Allianzverträge mit den süddeutschen Staaten sind  
die übrigen deutschen Staaten zur Militärlast mit herangezogen wor-  
den. Es ist aber von Preußen die Last nicht abgewälzt worden,  
sondern dieselbe Last, die früher 19 Millionen Preußen zu tragen hatten,  
haben jetzt 40 Millionen Deutsche, im Verhältnis vermehrt zu tragen,  
und für Preußen ist nicht nur keine Aussicht auf Erleichterung vorhan-  
den, sondern man denkt noch neue Lasten hinzuzulegen. — Solcher  
Thatsachen gegenüber kann man doch wahrlich die gegenwärtigen Zustände  
nicht mit Freudigkeit betrachten. Und Sie hier in Berlin sollen das  
selbst fühlen. In Berlin sind heute in der Volksküche 6988 Portionen  
verkauft worden; das ist doch gewiß ein Beleg dafür, daß ein großer  
Theil der Bevölkerung sich in Noth befindet. Allen diesen Thatsachen  
gegenüber können wir uns mit den neuen Zuständen schwer anpas-  
sen. Ich gebe zu, daß ein gewisser Theil der sächsischen Bevölkerung  
sich leidlich unter den neuen Verhältnissen befindet, der Theil, den man  
gewöhnlich mit dem Namen Bourgeoisie bezeichnet, der allerdings durch  
gewisse Verkehrs erleichtierungen einen erhöhten Nutzen hat und zugleich  
durch die erhöhten Lasten sehr wenig betroffen wird, weil es auch ein-  
der kostbarsten Erzeugnisse des norddeutschen Bundes ist, die  
Lasten für dies System möglichst aus den indirecten Steuern zu  
beziehen; diese bedrücken natürlich den armen Mann am meisten und  
jene haben daher gerade keine Ursache, sich gegen diese Zustände zu  
wehren. (Beifall.) Also dieser Standpunkt ist gewiß ein gerecht-  
fertigter, und ebenso die Hoffnung, daß nur in einem Deutschland, das  
durch den Gesamtwillen der Bevölkerung getragen wird, an dessen  
Spitze eine Regierung steht, die aus diesem freien Willen hervorge-  
gangen ist, allein ein wirkliches Heil für die Bevölkerung und für die  
arbeitende Bevölkerung ins Besondere zu erwarten ist. (Lebhafter  
Beifall.)

(Schluß folgt.)

## Die Lage der belgischen Kohlenarbeiter.

(Schluß.)

Wir haben in der vorigen Nummer den traurigen Zu-  
stand geschildert, in welchem der Arbeiter durch die Unbe-  
schränktheit der Kapitalgewalt versetzt ist, einen Zustand, in  
den ihn zu erhalten, die Regierung bereitwilligst ihre Soldaten  
der Bourgeoisie zur Verfügung stellt. Wird man es noch  
wagen, angesichts dieses Zustandes das grenzenlose Elend der  
Kohlenarbeiter auf ihren Leichtsin, ihre Fehler und Lasten zu  
schieben? Ist der Körper mißgestaltet, so muß es auch das  
Gehirn sein, welches einen Theil desselben bildet. Das Organ  
des Denkens und der Intelligenz muß nothwendig unter der

Herrschaft so verderblicher äußeren Umstände tief einschneidende Umwandlungen erleiden, und wie Ursache und Wirkung unternahmbar zusammenhängen, so üben die körperlichen Beschäftigungen einen Haupteinfluß auf die Art und Weise zu denken und zu empfinden aus.

Bidaut, ein Mineningenieur, sagte 1843 in einem öffentlichen Bericht: „Man kann nicht in Abrede stellen, daß diese Beschäftigung (des Kohlenarbeiters), deren Ausübung das Sonnenlicht entzieht, andere Gase als die atmosphärische Luft einathmen nöthigt, den Körper zur Annahme anderer Lagen als den natürlichen zwingt, ihn fortwährend Gefahren aussetzt u. s. w., eine solche ist, welche den Menschen am weitesten von den normalen Bedingungen seiner Existenz entfernt und daher der Gegenstand besonderer Maßregeln sein muß. Für mich ist dies außer Zweifel.“

Was im Jahre 1843 richtig war, ist es auch noch im Jahre 1866. Der physische und moralische Zustand des Kohlenarbeiters hat sich — wenn nicht verschlechtert — so doch sicherlich nicht verbessert. — Die Arbeitszeit ist seitdem nicht vermindert, sondern eher vermehrt worden, und die Löhne sind, abgesehen von der gegenwärtigen Geschäftsstockung, dieselben geblieben, während der Preis der Lebensmittel gestiegen ist. Sind bedeutende Verbesserungen in der Grubenarbeit eingeführt worden, so sind es doch nicht die Arbeiter, welche Nutzen davon ziehen. Fährt z. B. der Kohlenarbeiter nicht mehr auf Leitern in die Gruben ein und aus, so kommt die dadurch erzielte Zeit- und Kraftersparniß dem Patron in der größeren Summe der gelieferten Arbeit zu Gut. Die Folge von alledem ist, daß der Kohlenarbeiter keine geistige Selbsterziehung besitzt, daß er Unterricht und Bildung als die Beschäftigung von „Nüßiggängern“ verachtet, daß er seine Kinder nicht in die Schule schickt, und daß er sich in den größten Verwüsten und Vergnügungen gefällt. Haben die Grubenbesitzer ein Interesse, den Kohlenarbeiter in diesem thierähnlichen Zustande zu erhalten, so steht ihnen eine Menge kleiner Industrien zur Seite, welche allein von dem Arbeiter leben und mithin seinen Vortheil nicht mehr finden würden, wenn der Arbeiter wähler, vorständig, sparsam würde. Sie stellen den Kohlenarbeitern überall ihre Fallen, um ihm das Letzte abzulocken, und wie leicht ist es nicht, Menschen zu verführen, die ohne Schulunterricht sind, und deren geistiges Vermögen im Winterklause liegt.

Ein solcher Zustand der Dinge kann und darf nicht länger dauern. Es ist vergebens, an die Pflichten der Menschlichkeit zu mahnen; sie ist ohnmächtig gegenüber den Gesetzen der Bourgeois-Dekonomie. Aber die Bourgeoisie befindet sich in einem großen Irrthum, wenn sie wähnt, sie könnte die Arbeiter zu Leibeigenen und Thieren herabwürdigen, ohne daß die moralischen Folgen auf sie zurückfielen. Man betrachte nur die Bourgeoisie der Kohlenbecken und Fabriksstädte! Woher diese Verachtung der Bildung, der Wissenschaft, dieser Mangel selbstthätigen Denkens außerhalb der Grenzen des Geschäfts, diese rohe Neugier, welche sie kennzeichnen? Es ist dieselbe Erscheinung, welche bei den Pflanzern und Sklavenzüchtern der Vereinigten Staaten zu Tage trat. Waren dort die Sklaverei und Sklaverei die Ursache der Demoralisation, so werden auch hier wohl die ähnlichen Wirkungen zum Schlusse auf ähnliche Veranlassungen berechnen. Je tiefer der Arbeiter verdrückt wird, je tiefer sinkt ihm der Patron nach und kommt moralisch wie jener, in welchem er den Menschen zu achten aufgehört hat.

Die Arbeiter selbst haben das Mittel gefunden gegen die Verdrückung der Privatindustrie, unter denen sie leiden, und welche schädlich den Körper der Gesellschaft mit Gitterbeulen bedecken.

Das Mittel heißt: Unterricht und Genossenschaft. Nur die Verkürzung der Arbeitszeit kann es möglich machen, daß die Wohlthaten des Unterrichts und der Bildung auch dem Arbeiter zu Theil werden. Nur die Theilnahme an den Wohlthaten des Kapitals kann ihn vor dem Elende schützen, dem er jetzt wehrlos preisgegeben ist.

Die moralische und materielle Hebung des Arbeiters ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, wie des öffentlichen Wohls. Diese Frage zu lösen, giebt es kein anderes Mittel, als Volks-erziehung und die Bildung von Coöperativ-Genossenschaften. Diese Mittel ins Werk zu setzen, zu fördern und zu unterstützen, ist die Aufgabe des Staats. Er vernachlässigt sich selbst, wenn er müßig zusieht, wie die Folgen der Bourgeois-Dekonomie die Gesellschaft zerfressen und zerlegen.

Ein Vortheil der Genossenschaft kommt bereits den Kohlenarbeitern zu statten. Die Internationale Arbeiter-Assoziation (Abtheilung Belgien) hat bei den belgischen Advokaten mit Erfolg die nöthigen Schritte gethan, damit sie die Vertheidigung der Arbeiter unternähmen, welche wegen der Unruhen in Charleroi angeklagt sind. Der einzelne Arbeiter ist wohl in den meisten Fällen nicht im Stande, einen Rechtsbeistand zu bezahlen; aber wenn die Arbeiter zu diesem Zwecke zusammentreten, so vermögen sie es, wie die Internationale Arbeiter-Assoziation beweist.

## Aus England.

London, den 18. Mai.

Wiederum ist eine Woche vergangen mit parlamentarischen Keifereien. Wo ist der Cromwell des neunzehnten Jahrhunderts, der die Nacht und den Muth besitzt, diesem Humbug ein Ziel zu setzen? Steht er hinter den Coulissen, den geeigneten Augenblick erwartend, um den verammelten parlamentarischen Weisheitskrämern mit drohender Miene zu sagen: schert Euch zum T — — ? Ihr seit kein Parlament! Schwingt er den Hammer in irgend einer verborgenen Schmiede, näht er Watte zusammen, um irgend eine der heutigen parlamentarischen Größen — wie den Vice-König von Irland, der sieben Mal Watte auf der linken Seite hat — als voll gewachsenen Menschen erscheinen zu lassen, oder lenkt er den Pflug, noch unbewußt daß er von der Natur und von den in der Auflösung begriffenen politisch-socialen Verhältnissen auserkoren, der Regenerator — der Diktator — des künftigen Staates zu werden? Heute erklärt das Ministerium, daß es ungewiß, welche und ob überhaupt eine Antwort auf die Adresse des Unterhauses ertheilt werde. Ueber Nacht ändert sich der Entschluß und am nächsten Tage wird eine Antwort im Unterhause verlesen, worin die Königin, die politische Null, dem Parlament Alles anheim stellt. Durch diese Antwort ist die Spitze der Opposition gebrochen, Gladstone hat nur seine Bill einzubringen, daß, bis das Parlament entgültig entscheidet, keine neuen Bischöfe oder sonstigen Würdenträger der irischen Staatskirche eingesetzt werden. Aber die offiziellen Blutigel, welche am Staatskörper saugen, sind damit nicht zufrieden. Oberst Knoy, der Sohn eines Grafen, und der Enkel eines irisch protestantischen Bischofs, trägt darauf an, daß die Debatte über die Bill auf sechs Monate vertagt, d. h. verworfen werde, und citirt eine Rede gegen Gladstone von 1865, in welcher es heißt, daß die protestantische Staatskirche in Irland nur durch ein ruckloses Parlament und von einer abtrünnigen Nation über den Haufen geworfen werden könne. Bei näherer Untersuchung stellt sich heraus, daß diese Rede nicht Gladstone's, sondern die

Nede eines fanatisch protestantisch irischen Advokaten war. Ein Duzend andere Vorschläge werden gemacht, um Gladstone's Bill zu hintertreiben. Die Oppositionsjunker bestreiten die Möglichkeit, das Parlament noch in diesem Jahre aufzulösen und tragen auf ein Mißtrauensvotum an. Die „Times“ behauptet, daß keine unüberwindlichen Schwierigkeiten im Wege stehen, ein reformirtes Parlament noch in diesem Jahre zu versammeln, wenn das Unterhaus selbst geneigt ist, seine Auflösung zu beschleunigen; aber — ich muß es wiederholen — die liberalen Stellenjäger lechzen nach den Fleischtopfen des Budgets, und die Konservativen haben keine Lust, ihren Besitz derselben aufzugeben, daher nur Hader und Streit. Die irische, protestantische Klerisey überreichte im Laufe der Woche der Königin eine Adresse gegen die Abschaffung der irischen Staatskirche. Der Wortführer der ehrwürdigen Deputation war der Erzbischof von Armagh, seine Familie hat nicht weniger als vier Millionen Pfund Sterling aus der irischen Staatskirche bezogen, das ist wahrlich keine Kleinigkeit. Die Königin drückte ihren Dank aus für die Loyalität der irischen Blutigel und fügte hinzu, daß sie Vertrauen habe in ihr Parlament.

Diese Nachgiebigkeit behagt der Opposition durchaus nicht. Distræli wird als ein Usurpator verschrieen, der die Staatsgewalt gegen den Willen des Parlaments usurpirt und die Konstitution verlegt. Leider schließt sich ein Theil der Londoner Arbeiterführer diesem Geschrei an. Die armen Bichte wissen selbst nicht, was sie thun. So wünschenswerth es auch ist, eine Bresse in das Staatskirchenwesen zu schießen und der frommen Blutsaugerei ein Ziel zu setzen, so ist es doch keine Frage von hinreichender Wichtigkeit, um die Arbeiterinteressen in den Hintergrund zu drängen. Im Gegentheil sollten die Führer der Arbeiterklasse alles aufbieten, die Einziehung der Kirchengüter in die Länge zu ziehen. Ein bürgerliches Parlament kann höchstens einen bürgerlichen Gebrauch von denselben machen. Die Manchester-Schule verlangt free trade in land, d. h. mit andern Worten die Parzellirung des Grundeigenthums. Wie viel besser der kleine Bauer (Eigenthümer) steht als der moderne Lohnarbeiter, überlasse ich meinen Lesern zu entscheiden. Professor Beesley sagte vor einigen Tagen, daß durch die Parzellirung des Grundeigenthums in Frankreich eine Klasse von Leuten erzeugt worden sei, die so fanatisch für das bürgerliche Eigenthum schwärme, daß sie bei jeder Gelegenheit von irgend einem Volksbetrüger aufgewiegelt werden könne, um gegen die städtischen Arbeiter für die Eigenthumsrechte zu Felde zu ziehen. Alles Dichten und Trachten der radicalen Bourgeoisie geht dahin, eine ähnliche Klasse, als Gegengewicht gegen die städtischen Arbeiter, in England zu erzeugen. John Bright's Vorschlag geht dahin, das Grundeigenthum der irischen Staatskirche von Staatswegen zu parzelliren, und an kleine Bauern zu verkaufen. Gladstone billigt den Vorschlag.

Die Frage der Fabrikgesetze ist ungemein wichtiger für die Arbeiterklasse als die Staatskirchenfrage. Daß beständig überproduzirt, d. h. zu lange gearbeitet wird, um ein annäherndes Gleichgewicht zwischen Nachfrage und Zufuhr zu erhalten, habe ich schon früher demonstirt. Der Bericht des General-Registrators von Geburts- und Todesfällen für das erste Quartal d. J. beweist aufs Schlagendste, daß das Ueberarbeiten selbst lebensgefährlich ist. In einem Zeitraum von vierzig Jahren sind nur zwei Jahre, 1846 und 1856 vorgekommen, in welchen die registrirten Todesfälle mit denen des gegenwärtigen Jahres verglichen werden können. 1846 war ein Jahr der Hungersnoth, beide, 46 und 56 waren Krisenjahre, die Arbeitslosigkeit allgemein. Die Arbeitslosigkeit und das Elend

der arbeitenden Bevölkerung hat nie einen höhern Grad erreicht als im Laufe des letzten Winters; dennoch starben in England und Wales 22,000 Personen weniger als 1865; 1800 weniger als 1866 und 1400 weniger als 1867. Diese Zahlen beschränken sich auf die Monate Januar, Februar und März. 1865 waren alle Industriezweige in vollem Flor, die Arbeiter arbeiteten sich zu Tode. Mit abnehmender Prosperität sank die Sterblichkeit der Arbeiter. Seit Monaten sind die Sterblisten im Osten von London, wo die Arbeitslosigkeit am größten, niedriger gewesen als in irgend einem andern Theile von London, bei voller Beschäftigung weisen sie immer höhere Zahlen auf als anderswo. Die Sterblisten der ganzen Hauptstadt sind niedriger als in den Ackerbaudistrikten. Die Times kann sich diese unerwartete Erscheinung nur dadurch erklären, daß Wetter und Gesundheitsmaßregeln zusammen gewirkt haben. Angesichts solcher Thatfachen schieben unsere Wortführer die Arbeiterfrage auf die Seite und halten Massenversammlungen, um Gladstone und Bright — die anerkannten Gegner der Fabrikgesetzgebung — zu Ministern zu machen. Fabrikgesetze sind unter den jetzigen Umständen das einzige wirksame Mittel, die Arbeitszeit zu beschränken. Alle unsere Fabrikgesetze verdanken wir der reaktionären Aristokratie, und wenn unsere Wortführer darauf beständen, so könnten sie im gegenwärtigen Augenblick weitere Zugeständnisse erzwingen.

## Vermischtes.

Der nationalliberale Klopffechter und Schimpfvirtuose Treitschke läßt sich in den „preußischen Jahrbüchern“ also vernehmen: „Das politische Verhalten des Südens hat in den letzten Jahren auf uns Nordländer aufklärend gewirkt. Früher waren wir geneigt, an einen größeren Besitz und ein stärkeres Gefühl der Freiheit bei ihnen zu glauben, theils in Erinnerung an den älteren Konstitutionalismus, theils in Folge des demokratischen Lärms, der von dort herübertrömt. Wir meinten immer, unser Defizit an Liberalismus sei Schuld, daß man jenseits des Rhains nichts von uns wissen wolle. — Jetzt verstehen wir die Sache besser. Wir sehen die große Mehrheit der süddeutschen Bevölkerung als ein willenloses Werkzeug in der Hand der Römlinge, der Regierungsbeamten, der seichtesten radikalen Schwäber; wir blicken in einen Zustand der Verkommenheit und Fäulniß. Es drängt sich uns ein wichtiger Unterschied zwischen dem Süden und dem Norden auf: Wir im Norden sind gewohnt, mit ehrlicher Gewissenhaftigkeit unsere eigenen Mängel aufzudecken. In Süddeutschland dagegen, wenigstens in Schwaben, beschäftigt man sich lieber mit den Fehlern Anderer.“

Wenn Herr Treitschke es wirklich für einen Beweis der „Verkommenheit und Fäulniß“ hält, daß man statt „sich beschäftigt“, so müssen wir allerdings den Heldenmuth bewundern, der sich in dieser unbarmherzigen Selbstkritik zu erkennen giebt.

Ein physikalisches Räthsel. Ein Physiker S. aus Berlin zeigte in Dresden mehrere Rotationsapparate vor, darunter auch Kreisel mit verschiedenen Farbenzusammensetzungen, unter anderen einen mit schwarz-roth-gold und einen mit schwarz-roth-weiß. Während nun ersterer bei der Rotation durchgängig als golden erschien, zeigte der zweite bei selbiger nur Schmutzfarbe. — Merkwürdig!